

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Allgemeine Verwaltung

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung <small>(Name Behörde, Sitz, Kontaktdaten, vertretungsberechtigte Person / Leitung)</small>	Zuständiges Sachgebiet <small>(Ansprechpartner/in, Kontaktdaten)</small>
Gemeinde Polling Kirchplatz 11 82398 Polling Telefon: +49 881 9390-0 E-Mail: gemeindeverwaltung@polling.de Martin Pape	Walter Hildebrandt Telefon: +49 881 9390-14 E-Mail: walter.hildebrandt@polling.de
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	
actago GmbH Straubinger Straße 7, 94405 Landau	Telefon: +49 9951 99990-20 E-Mail: datenschutz@actago.de
Stand: März 2022	

Zwecke der Datenverarbeitung:

- Beschwerde- und Anfragemanagement, Bürgerberatung, -auskunft
- Bürgerversammlungen und -beteiligungsverfahren
- Sitzungsdienst, -verwaltung, -ladung, -niederschriften, Vollzug der Beschlüsse
- Schöffen: Verzeichnis, Schöffenwahl, Versammlung, Niederschriften
- Feldgeschworene: Verzeichnis, Versammlung, Niederschriften, Abrechnung
- Verwaltung der organisatorischen Abläufe und Abrechnungen der Kindertagesstätten (u. a. Anmeldungen, Zuschüsse, Kostenerstattungen, Defizitvereinbarungen, Zusammenarbeit Kita-Leitung)
- Verwaltung der organisatorischen Abläufe und Abrechnungen der Feuerwehr
- Ehrungen, Auszeichnungen, Ordensverleihungen, Jubiläen
- Vermittlungsamt / Sühneverfahren
- Archivwesen
- Beschaffungswesen
- Rechtsangelegenheiten
- Wahlangelegenheiten: Entgegennahme und Prüfung von Wahlvorschlägen, Wahlhelferverwaltung, -berufung, -schulung, Bildung von Wahlvorständen; Organisation Wahlen, Volksbegehren und -entscheide, Bürgerbegehren und -entscheide
- Personenbezogene Daten von Stimmberechtigten, die zur Tätigkeit in Wahlvorständen geeignet sind, dürfen auch für künftige Abstimmungen verarbeitet und genutzt werden, sofern die betroffene Person der Verarbeitung oder Nutzung nicht widersprochen hat.
- Verwaltung von Fundsachen
- Allgemeine Verwaltung der Kommune, dazu gehören u. a. Organisation, Empfang, Kontaktdatenverwaltung

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b), c), e) DSGVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG
- Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO)
- Baugesetzbuch (BauGB)
- Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG)
- Ortsrecht, Satzungen (z. B. Kindertagesstätten-Gebührensatzung)
- Bayerisches Archivgesetz (BayArchivG)
- Sozialgesetzbuch (SGB VIII)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Bayerisches Wohnungsbindungsgesetz (BayWoBindG)
- Schulkostenfreiheitsgesetz (SchKfrG)
- Schülerbeförderungsverordnung (SchBefV)
- Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)
- Wahlgesetze und -ordnungen, Bayerisches Landeswahlgesetz (BayLWG)
- Fundsachenverordnung (FundVO)

Quelle der Daten, wenn sie nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden:

Andere Behörden im Rahmen des Amtshilfeverfahrens

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- Bedienstete/Organisationseinheiten innerhalb der Gemeindeverwaltung, die in den Bearbeitungsprozess einbezogen sind
- Gemeinderäte
- Öffentlichkeit (Einsichtnahme in Sitzungsniederschriften)
- Andere Behörden, u. a. Landratsamt, Jugendamt, Gerichte, Regierung des Bezirks, Wahlbehörden
- Sachaufwandsträger der Wohnsitzgemeinden
- Träger der Kindertagesstätten und Schulen
- Rechnungsprüfung
- Bei Fundsachen: ggf. Finderdaten an Verlierer bzw. Empfangsberechtigten

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

- 10 Jahre nach Bearbeitung des Vorgangs oder des Antrags, je nach Vorgang bis zu 30 Jahre
- 5 Jahre nach Ende der Schöffperiode
- maximal 10 Jahre nach dem Ausscheiden, Sitzungsniederschriften unbegrenzt

Information zu Betroffenenrechten:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf Berichtigung bei unrichtigen personenbezogenen Daten (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Widerspruchsrecht zur Verarbeitung oder Nutzung von personenbezogenen Daten von Stimmberechtigten, die zur Tätigkeit in Wahlvorständen geeignet sind.
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: +49 89 212672-0 oder E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de.

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Die Verpflichtung ergibt sich aus oben genannten Rechtsgrundlagen. Ohne die Bereitstellung erforderlicher Daten kann die Kommune nicht für Sie tätig werden und Ihren Antrag nicht bearbeiten.